

# Chronische Übel in usbekischen Gefängnissen

*Human Rights Watch wirft dem Westen zu grosse Nachsicht gegenüber dem Taschkenter Regime vor*

In Usbekistan hat sich die Menschenrechtslage laut Human Rights Watch weiter verschlechtert. Die Organisation kritisiert dabei nicht nur das Regime des zentralasiatischen Landes, sondern auch die allzu nachsichtige Haltung westlicher Regierungen.

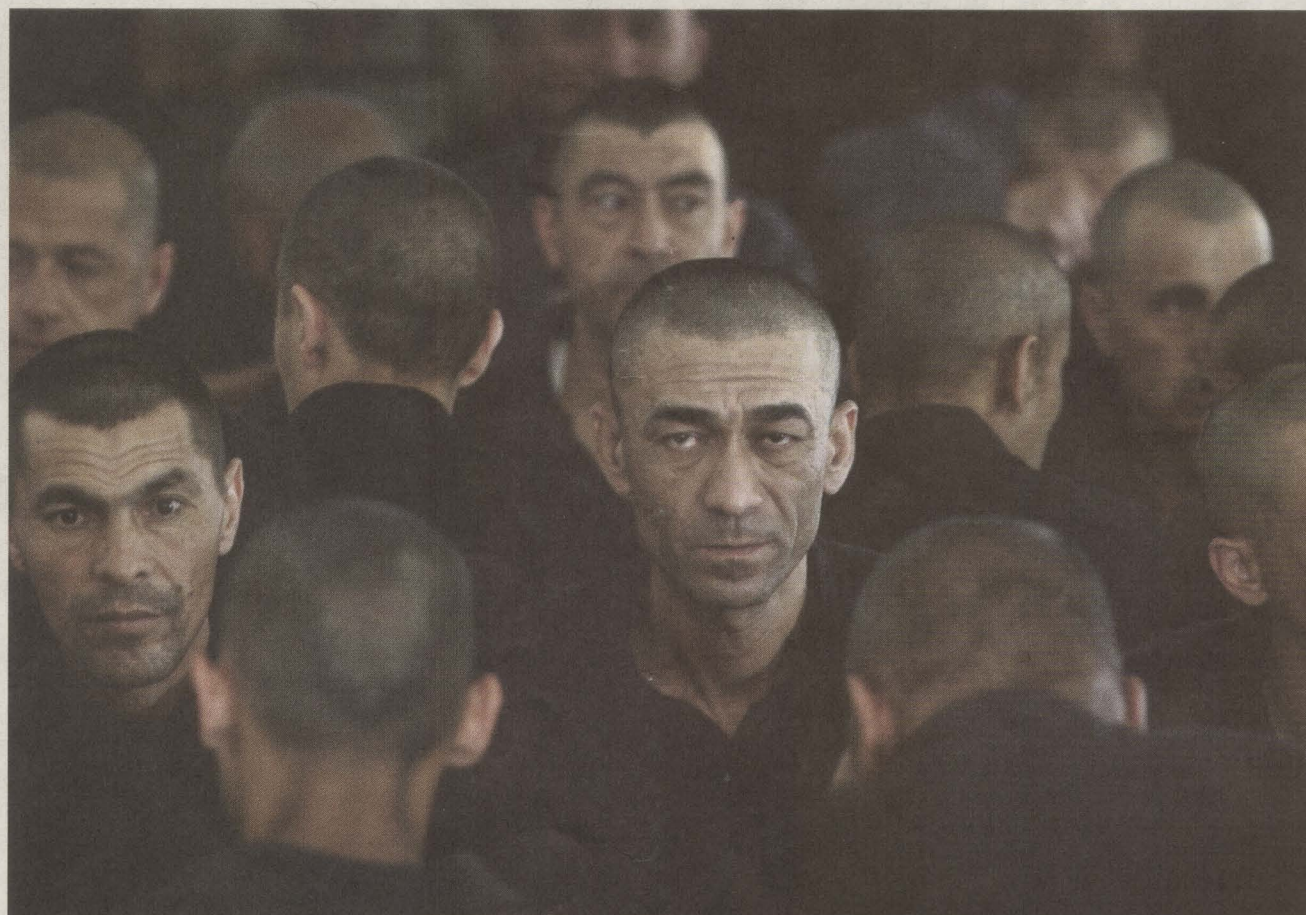
Andreas Rüesch

Die Führung der ehemaligen Sowjetrepublik Usbekistan hat die meisten Sanktionen abgeschüttelt, mit denen sie nach dem Massaker von Andischan 2005 belegt worden war. Zu jenem Blutbad mit Hunderten von Todesopfern war es gekommen, als die Sicherheitskräfte einen Massenprotest in der ostusbekischen Stadt gewaltsam erstickt und dabei wahllos auf Zivilisten geschossen hatten. Als sich Präsident Islam Karimow in der Folge weigerte, eine unabhängige Untersuchung der Gewalttat zuzulassen, stoppten die USA und die EU ihre Militärhilfe; Brüssel verhängte zudem eine Einreisesperre gegen usbekische Führungsmitglieder.

## Militärische Interessen

Aus strategischen Überlegungen begann der Westen jedoch schon bald, die Kritik am Regime in Taschkent zu dämpfen. Usbekistan wurde als unerlässlicher Partner im Afghanistankrieg eingestuft, da Deutschland den Stützpunkt Termez als Drehscheibe für die Versorgung seiner Truppen in Nordafghanistan benutzte und die USA begannen, ein logistisches Netzwerk über den Süden der früheren Sowjetunion aufzubauen. Schrittweise hob die EU ihre Sanktionen wieder auf, und Anfang dieses Jahres konnte sich der Diktator Karimow im Glanz eines offiziellen Besuchs im EU-Hauptquartier sonnen.

Auch die USA fassen Karimow mit Samthandschuhen an. Präsident Obama beantragte dem Kongress kürzlich, das aus der Ära Bush stammende Waffenembargo gegen Usbekistan zu beenden. Die westlichen Regierungen begründen ihren Verzicht auf politischen Druck einerseits damit, dass es in Usbekistan



Bei der Essensausgabe in einer Taschkenter Strafkolonie.

JEREMY NICHOLL / LAIF

Fortschritte im Menschenrechtsbereich gebe, andererseits argumentieren sie, dass man mit stiller Diplomatie ohnehin mehr erreiche als mit der Anprangerung des Taschkenter Regimes.

Diese Haltung stösst bei der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch auf scharfen Widerspruch. In einem am Dienstag in Berlin vorgestellten Bericht kommt die amerikanische Gruppe zum Schluss, dass die vermeintlichen Verbesserungen nur auf dem Papier existierten und der Menschenrechtsdialog eine Alibiübung darstelle, da er auf niedriger Ebene stattfindet und folgenlos bleibe. Als bezeichnend stellt sie eine von Wikileaks publizierte Depesche des amerikanischen Botschafters hin, der die Washingtoner Zentrale davor warnt, im Gespräch mit Karimow heikle Themen wie die Kinderarbeit auf

Baumwollfeldern und die Verletzung der Religionsfreiheit anzusprechen.

Aufgrund zahlreicher dokumentierter Fälle ist Human Rights Watch der Überzeugung, dass sich die Menschenrechtslage in Usbekistan keineswegs gebessert hat, im Gegenteil. Reformen wie die Einführung der gerichtlichen Haftprüfung (habeas corpus) und das Recht von Verhafteten auf einen Anwalt seien PR-Aktionen, die in der Praxis kaum etwas geändert hätten, heisst es in dem Bericht. Folter und Misshandlungen im Polizeigewahrsam seien weiterhin verbreitet. Die Gerichte können die ihnen zugeschriebene Kontrollfunktion nicht erfüllen, da sie laut dem Bericht die Anträge der Strafverfolgungsbehörden einfach durchwinken und manchmal sogar darauf verzichten, einen Gefangenen anzuhören. Unter Folter erzun-

gene Geständnisse seien weiterhin oft die einzigen Beweismittel in Prozessen. Als gravierenden Rückschritt betrachtet Human Rights Watch den Umstand, dass Strafverteidiger, die sich politisch heikler Fälle annähmen und auf Folterungen hinwiesen, mit Berufsverbot rechnen müssten. Dies habe eine abschreckende Wirkung auf die Anwälte.

## Stärkerer Druck gefordert

Vor diesem Hintergrund ruft Human Rights Watch die EU und die USA auf, dem usbekischen Regime klare Fristen zu setzen, innerhalb deren sie wirksame Reformen erwarteten. Mangelnde Fortschritte seien mit neuen Sanktionen zu beantworten. Auch brauche es Druck, damit Usbekistan einwillige, die Foltervorwürfe von der Uno prüfen zu lassen.